



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	<b>Grünliberale stellen sich (einmal mehr) zu 100% hinter die Schweizerische Nationalbank</b>
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	14. Juni 2012

Debatte zu den Entwicklungen im Euro-Raum – Grünliberale raten „kühlen Kopf“ zu bewahren

**Die innenpolitischen Angriffe gegen die Schweizerische Nationalbank sind aus Sicht der Grünliberalen unverständlich. Diejenigen, die jetzt – wo die Untergrenze zum Euro erstmals unter Beschuss kommt – nicht zu 100% hinter den Massnahmen der SNB stehen, handeln verantwortungslos und gegen die Interessen des Werk- und Finanzplatzes Schweiz.**

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat im letzten Jahr die Untergrenze von CHF 1.20 zum Euro festgelegt. Diese Grenze hält sie bis dato äusserst erfolgreich. Wegen den Entwicklungen im Euroraum kommt diese Verteidigungslinie in den letzten Wochen unter Beschuss. Am meisten zu diskutieren gibt die Untergrenze aber im eigenen Land. Diese Diskussion ist den Grünliberalen ein Rätsel. „Wenn Sie eine saubere Verteidigungslinie aufgezoogen haben und diese das erste Mal richtig getestet wird, was lieben Sie am meisten?“, fragt Nationalrat Thomas Maier aufgebracht. „Schüsse von hinten“, antwortet er selber.

Marktwirtschaftlich betrachtet hatten die Grünliberalen natürlich nicht nur Freude an dieser Untergrenze zum Euro. Jetzt geht es aber um Auswirkungen auf den Werk- und Finanzplatz Schweiz. Ausnahmsweise muss die gesamte Schweizer Politik wie eine Eins hinter den Massnahmen der SNB stehen.

Wichtig dabei ist, dass die SNB ihr Fachwissen und ihre Möglichkeiten unabhängig und autonom umsetzen kann. Natürlich erwarten auch die Grünliberalen, dass die SNB verschiedenste Szenarien zu den Entwicklungen in Europa vorbereitet. Der Interpellationsantwort des Bundesrates ist aber zu entnehmen, dass dies bereits geschieht.

Bezüglich der Vorschläge beispielsweise eines Staatsfonds, wünschen sich die Grünliberalen etwas mehr Sachverstand und weniger Populismus. Es wäre eventuell sinnvoll in Realwerte zu investieren. Ein Staatsfond käme aber bereits zu spät und wirkt zu träge. Zudem greift ein Staatsfonds mitten in die Geschäftstätigkeit der SNB ein. Einem solchen Vorhaben würden die Grünliberalen nur zustimmen, wenn die SNB explizit darum bitten würde. Heute Morgen hat die SNB allerdings gegen einen Staatsfonds dezidiert Stellung bezogen.

Zu den Entwicklungen im Euroraum überbieten sich die Medien gegenseitig mit möglichst reisserischen Schlagzeilen. Es ist unbestritten, dass im Euroraum grosse wirtschaftliche Probleme bestehen. Aber der Blick auf die wirtschaftlichen Fundamentaldaten zeigt, dass Europa den Vergleich mit den USA nicht scheuen muss. Auch für Europa gilt, dass ein geschlosseneres Auftreten und Handeln hilfreich sein könnte. Zudem haben wir Grünliberalen grosse Zweifel, ob es Sinn ergibt Hunderte von Milliarden Euro aus einem Rettungsschirm in Banken zu pumpen und diese damit zu stützen. Eventuell wäre das Beispiel unseres Finanzausgleiches auch ein Modell, welches sich auf Europa anwenden liesse. Direkte Zahlungen helfen wirtschaftliche Ungleichgewichte zu kompensieren und kommen Arbeitnehmern, Unternehmen, Konsumenten und Volk zu Gute. Ein Finanzausgleich verbunden mit korrekt gesetzten Anreizen für gesunde Haushalte, könnte den Staaten endlich ermöglichen, sich auf die Rehabilitation ihrer Wirtschaftskraft zu konzentrieren.